

Linke Pläne gegen die A 100

Die Wasserwerke sollen den Weiterbau aufhalten

Um den Weiterbau der Stadtautobahn A100 zu stoppen schlägt die Abgeordnete Katalin Gennburg (Linke) unorthodoxe Mittel vor. „Die Senatsverkehrsverwaltung und die Wasserbetriebe sollten ihre Prioritäten so verschieben, dass der Weiterbau sofort gestoppt werden kann“, sagte Gennburg dem Tagesspiegel. Zunächst hatte darüber die „B.Z.“ berichtet.

Für den derzeit in Bau befindlichen Abschnitt zum Treptower Park sind auch Leitungsarbeiten der Berliner Wasserbetriebe nötig. Das Land als Eigentümer solle darauf drängen, dass diese bei der

ANZEIGE

Ihr Wein des Monats

2019* Rose „Kernstück“ trocken

Ein feiner Rosé von der Pfälzer Weinstraße, der mit vielen mediterranen Konkurrenzweinen mithalten kann. Gepresst aus roten Cabernet Sauvignon und Spätburgundertrauben entsteht im Familienweingut Margarethenhof in viel Handarbeit ein beeindruckender Wein, der im Glas exotische Aromen und lebendige Frische vereint. Ein fruchtig-herber Wein für jede Gelegenheit, ob zum Aperitif, zur leichten Gemüseküche oder als Begleiter beim Grillabend.

0,75 l. Weingut Margarethenhof Forst, Pfalz, Deutschland, 12,5 %

Flaschenpreis 7,90 €

Lieferbar ab 6 Flaschen

*Jahrgänge können sich ändern

Paket mit 6 Flaschen à 0,75 l

47,90 € (10,64 €/ Liter)

Bestellnr. 20259

Paket mit 12 Flaschen à 0,75 l

90 € statt 95,80 € (10€/ Liter)

Bestellnr. 20259



SHOP TAGESSPIEGEL

shop.tagesspiegel.de

Bestellhotline (030) 290 21-520

Gewichtung der Aufgaben des Landesunternehmens nicht an oberster Stelle stehen sollten, sagte Gennburg. Gleiches schlägt die Linke-Abgeordnete für die Verkehrsverwaltung vor: „Eine Priorisierung der Baustellenkoordination lässt mindestens den Spielraum für die Verkehrsverwaltung zu sagen, da haben wir wichtigere Aufgaben.“

Der Sprecher der Verkehrsverwaltung, Jan Thomsen, wies die Ideen zurück. „Wir begrüßen, dass politisch über den Sinn von Autobahnstrecken diskutiert wird.“ Neue politische Entscheidungen könnten hier in neue Richtungen weisen. „Eine Verwaltung ist aber an geltende Gesetze und erprobte Verfahren gebunden“, sagte er.

VON CLAUDIA SEIRING

Die Pianistin Ellen Epstein war gerade 44 Jahre alt geworden, als sie am 19. Oktober 1942 an der Rampe des Güterbahnhofs Moabit gezwungen wurde, in einen Zug zu steigen. Es ist der „21. Osttransport“, knapp tausend Menschen werden an diesem Montag von der SS in die Wagons getrieben. Unter ihnen sind viele Familien mit Kindern. Auch die knapp 60 kleinen Bewohner des Jüdischen Waisenhauses in der Schönhauser Allee wurden mit diesem Transport deportiert. In Riga angekommen, werden einige wenige Insassen Arbeitskommandos zugeteilt, alle anderen in den umliegenden Wäldern erschossen.

„An den Massengräbern im Baltikum und Polen wachsen fast immer Kiefern“, sagt Thomas Abel vom Verein „Gleis 69“. Er lässt seinen Blick über die 20 jungen Bäumchen wandern, die den Gedenkort am Güterbahnhof Moabit markieren. Dort, wo einst die Gleise 69, 81 und 82 verliefen, von denen 32 000 jüdische Berliner in die Ghettos und Vernichtungslager deportiert worden sind, ist seit 2017 eine Art Nische fürs Gedenken entstanden. Eingeklemmt zwischen Hellweg-Baumarkt und Lidl-Discounter, flankiert



Thomas Abel

von einer stark befahrenen Umgehungsstraße, ist es dort kaum möglich, innezuhalten. In den Büschen am Rand des Hains liegt Müll, Anwohner nutzen den Weg als Abkürzung oder gehen mit ihren Hunden dort spazieren. „Wenn Angehörige hierher kommen oder wir zu Gedenktagen Kränze niederlegen, stellt sich in diesem Umfeld schon die Frage nach der Würdigung dieses Ortes und dem Respekt vor den hier deportierten Menschen“, sagt Abel.

Dazu kommt, dass die Spundwände, die die einstige Deportationsrampe begrenzen, dem Verfall preisgegeben sind – obwohl sie unter Denkmalschutz stehen. Die rostigen Metallteile sind das einzige sichtbare Zeugnis der Rampe, die vollständig von einem Parkplatz für den Supermarkt überbaut ist. Sie weisen Löcher auf, sind überwuchert, es gibt Rattenbefall. Es braucht keine Expertise, um festzustellen, dass Eile geboten ist, um die Spundwände zu retten. Doch 76 Jahre nach Ende des Holocaust ist es, als wollte sich die Stadt nicht erinnern.

„Das Landesdenkmalamt veranlasste 2016 die Eintragung des Geländes in die Denkmalliste“, erklärt Landeskonservator Christoph Rauhut. Doch bereits 2010 seien Teile der Rampe „durch eine als Damm errichtete Zufahrt“ zum Parkplatz des Discounters überbaut worden. Der Denkmalschutz kam also zu spät. Der Landeskonservator stellt zwar fest, dass sowohl die Überbauung der Rampe als auch der Parkplatz die „Aussagekraft des denkmalgeschützten Bereiches“ beein-



Wenig Raum. Der Gedenkort Güterbahnhof Moabit ist zwischen einem Hellweg-Baumarkt und dem Lidl-Parkplatz eingeklemmt. Die Spundwände an der Deportationsrampe verrotten (oben rechts). 20 Kiefern vermitteln ein minimales Gefühl von Ruhe, innere Einkehr ist hier jedoch kaum möglich.



Fotos: Kitty Kleist-Heinrich

trächtigen. „Grundsätzlich gilt für die stadtentwicklungspolitisch dort entstandene Situation jedoch Bestandsschutz.“

Viele Behörden sind involviert, jede verantwortet eine andere Aufgabe. Das Bezirksamt von Mitte ist zuständig für die Pflege des Kiefernhaums sowie des Weges und hat damit private Unternehmen beauftragt. Für Reinigung und Pflege der Informationstafeln und des kleinen Stück Gleisbetts ist die Senatskulturverwaltung verantwortlich. Vom Bezirksamt Mitte heißt es zum Thema Verschmutzung: „Von den Menschen, die einen solchen Ort begehen, erwarten wir, dass sie sich der Würde des Ortes angemessen verhalten.“

Auf mehreren gemeinsamen Sitzungen der Behörden wurde – zum Beispiel im April 2019 – festgestellt, dass wegen des desolaten Zustandes der Rampe dringender Handlungsbedarf bestehe. Geschehen ist seither nichts. Und die Sorge der Denkmalschützer um den Pflegezustand des Gedenkortes hatte zwar „ein vertiefendes Gutachten“ zur Folge – doch weder dazu noch zu einer „restauratorischen Untersuchung des Bestandes“ gibt es Ergebnisse. Fest steht dagegen: „Die Bedeutung des Denkmals als eines der letzten erhaltenen baulichen Zeugnisse der Deportation der Berliner Juden an jenem ehemaligen Güterbahnhof, von dem die größte Zahl Deportierter aller Berliner Bahnhöfe verschleppt wurde, ist aus der fachlichen Sicht des Landesdenkmalamts als sehr hoch einzuschätzen.“ Deutliche Worte – doch die daraus folgenden Taten fehlen.

„Wenn der Verein nicht da wäre, würde es noch viel schlimmer aussehen“, sagt Andreas Nachama, langjähriger geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors. Er war schon 2005 an einem Runden Tisch zum Moabiter Gedenkort beteiligt. Seine Bilanz der Situation: „In der Summe ist es ein kollektives Versagen von Verantwortlichen.“ Keiner fühle sich zuständig. Aber man könne eben nicht einfach mal „so einen Gedenkort einrichten, 20 Bäume pflanzen und sich dann nicht mehr darum kümmern.“

Nachama sieht ein „kollektives Versagen“ von Behörden und Politik

55 000 jüdische Berliner sind von den Nationalsozialisten zwischen 1941 und 1943 deportiert und zumeist ermordet worden. Ihr Transport wurde über die Bahnhöfe Grunewald, den Anhalter Bahnhof und den Güterbahnhof Moabit organisiert – von diesem wurden mehr als die Hälfte der Männer, Frauen und Kinder aus Berlin in die Lager nach Osten geschickt. Ihrer wird mit dem Mahnmahl auf der Putzbrücke gedacht. „Gleis 17“ am Bahnhof Grunewald gilt als zentrales Mahnmahl für die Verschleppung der Juden mit Hilfe der Reichsbahn.

Viele der Menschen, die von Moabit aus ihre letzte Fahrt antreten mussten, wurden zuvor in der früheren Synagoge in der

Levetzowstraße untergebracht. Diese Synagoge war bei den Novemberpogromen 1938 nur wenig beschädigt worden. Auch deshalb wurde sie von der Gestapo ab Oktober 1941 zur „Sammelstelle“ der Berliner Juden erklärt. Von dort aus mussten die Menschen zu Fuß oder per Lastwagen zu den Bahnhöfen im Grunewald oder Moabit. Akten lassen darauf schließen, dass etwa 20 000 Menschen ihre letzten Nächte in Berlin in diesem Sammelager verbrachten.

„Es ist, als fehle das Gespür für diesen Ort“, sagt Thomas Abel. Der ehemalige Kinderarzt im Bezirk, der vor wenigen Wochen für sein ehrenamtliches Engagement im Verein „Gleis 69“ mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, ist ein besonnener Mensch. Trotzdem wird spürbar, wie sehr ihn die Lethargie der Politik ärgert und enttäuscht. Als Tiergartener habe er sich immer für die Geschichte seines Bezirks interessiert. Sein Vater hatte ihm davon erzählt, einmal beobachtet zu haben, wie Juden von der SS zusammengetrieben wurden. Einer der Bewacher habe den Vater angeschrien: „Wenn er noch länger stehenbleibe, könne er gleich mitkommen.“ Es gibt wenig Zeitzeugenberichte über die durch die Straßen von Moabit getriebenen jüdischen Mitbürger. In dem von der Stiftung „Topographie des Terrors“ herausgegeben Band „Mahnort Güterbahnhof Moabit“ von Alfred Gottwald wird der im Jahr 1901 geborene Moabiter Bruno W. zitiert: „Es muß im Frühjahr 1943 gewesen sein, ich kam vom Dienst

nach Hause und sah eine große Gruppe von Menschen durch die Lübecker Straße ziehen. (...) Es war eine sehr große Gruppe, es mögen mehrere hundert gewesen sein. Sie marschierten in Reihen von sechs bis acht Leuten und seitlich von ihnen ging, soweit ich mich erinnere, schwarz uniformierte SS. Sie bogen in die Havelberger Straße und dann in die Quitzowstraße Richtung Fennbrücke ein. Ich sah, wie sie in einen kleinen Weg in Richtung Bahngelände abbogen. Soweit ich aus sicherer Distanz beobachten konnte, wurden sie gleich verladen.“

Für Abel ist es wichtig, diese Zeitschicht der nächsten Generation mitzugeben. „Jeden Tag sehen fünf hundert Schüler auf diesen Ort – und sollten seinen Zustand nicht als fragwürdige Normalität hinnehmen.“ Gemeint ist die Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule in der Quitzowstraße 141 – direkt gegenüber dem schmalen Weg gelegen, den die Menschen vor rund 80 Jahren zu den Gleisen gehen mussten. Gemeinsam mit dem Verein kümmern sich Schülerinnen und Schüler um den Gedenkort. Sie haben den Schutzanstrich der jungen Kiefern übernommen, gestalten Gedenkeremonien und legen Kränze nieder.

Die Kiefern werden wachsen. Nach oben. Da ist Platz.

Die lärmstärkste Straße, die das Areal Richtung Norden abgrenzt, ist nach Ellen Epstein benannt. Der Ort, an dem sie zum letzten Mal in ihrem Leben Berliner Boden berührte, sieht verheerend aus.

ANZEIGE

PREMIUM BERLIN

Goodbye TEGEL

Die Betriebspflicht für TEGEL endet diese Woche, damit ist der Flughafen Geschichte!

Tragen Sie die Legende weiter am Handgelenk, einen edlen Zeitmesser aus der Berliner Uhrenmanufaktur ASKANIA. Nutzen Sie bis zum 31. Mai 2021 den Erinnerungspreis.



1.350,- €*
1.690,- €*

Kommen Sie vorbei und erwerben Sie das einmalige Sammlerstück oder besuchen Sie unseren Onlineshop: www.askania.berlin

*Das Angebot gilt für unsere „TEGEL Mitte“ sowie für die 35mm Modelle aus der Serie TEGEL. Nicht mit anderen Rabatten oder Aktionen kombinierbar.

Flagshipstore / Manufaktur
Hackesche Höfe, Hof 1
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin
TEL +49 (0)30 364 285 160

Atelier
Palais Holler
Kurfürstendamm 170
10707 Berlin
TEL +49 (0)30 364 285 153

Online Boutique
www.askania.berlin
ASKANIA AG
Kurfürstendamm 170
10707 Berlin

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen! Anzeigenberatung: (030) 290 21 - 155 00
E-Mail: lokalesteam@tagesspiegel.de

Wenig Hilfe für Seelsorge

Zusammenarbeit mit Polizei war für ehrenamtliche Helfer nach Breitscheidplatz-Attentat mangelhaft

Der erste Anruf bei der Notfallseelsorge und Krisenintervention Berlin kam 23 Minuten nach dem Attentat auf dem Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 um 20.02 Uhr. „Um 21 Uhr waren wir mit 20 Kräften vor Ort“, erzählte Justus Münster am Freitag im Amri-Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses. Pfarrer Münster ist heute Beauftragter der Evangelischen Kirche für die Notfallseelsorge. An dem Abend betreuten die Seelsorger allein über 50 Menschen vor Ort. Einen Einsatzleitwagen für Nachbesprechungen gab es nicht.

Die Seelsorger seien zu einem „großen Verkehrsunfall“ gerufen worden und an diesem Abend laut Münster „zumindest nicht offiziell“, informiert worden, dass es sich um einen Terroranschlag gehandelt habe. Diese Informationen habe man über Presseberichte erhalten. Die 1995 gegründete Notfallseelsorge Berlin mit rund 160 ehrenamtlichen Seelsorgern aus acht Organisationen hat Münster zufolge zwar immer Kontakt zur Feuerwehr gehabt, doch im Kontakt mit der Polizei habe es damals große Defizite gegeben. So seien Seelsorgern bestimmte Zugänge vor Ort verwehrt worden. „Wir hätten mit der Polizei am Breitscheidplatz sehr viel enger zusammenarbeiten können“, sagte Münster.

Betroffene haben noch immer Probleme mit zuständigen Behörden

Neben den Opfern, die Verletzungen und/oder psychische Beeinträchtigungen davon getragen hatten, betreuten die Seelsorger im Nachgang bis zu 500 Menschen wie Angehörige, deren Familienmitglieder getötet wurden sowie Einsatz-

kräfte. „Es gibt nach wie vor Mitarbeiter bei Polizei und Feuerwehr, die nicht arbeitsfähig sind“, sagte Pfarrer Münster. Einsatzkräften fehlten auch Ansprechpartner für die Nachsorge. „Polizisten blieben mit ihren Fragen allein, eine Nachsorge hätte sehr Not getan.“ Erst nach dem Anschlag wurden bei der Berliner Polizei ein Einsatznachsorge-Team sowie Ansprechpartner in einer Koordinierungsstelle PSNV (psychosoziale Notfallversorgung) eingesetzt. Münster betonte, dass eine Einbettung der PSNV bei der Polizei in den Jahren zuvor immer am „letzten Willen“ in der Umsetzung gefehlt habe.

2017 wurde in Berlin die Zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen und deren Angehörige bei der Justizverwaltung mit dem Opferbeauftragten des Landes, Roland Weber, eingerichtet. Doch die Opfer und Angehörigen haben laut Astrid Passin, Sprecherin für 80 bis 100 Betroffene, immer noch unter Schwierigkeiten bei den Behörden zu leiden. So würden Zuständigkeiten zwischen den Behörden hin- und hergeschoben. „Viele Verfahren sind derzeit vor Gericht anhängig“, sagte Passin dem Tagesspiegel. Passin fordert eine Änderung des Opferschädigungsgesetzes, das Anfang 2024 in Kraft treten soll, damit Opfer unter anderem von Terroranschlägen schneller Leistungen erhalten können. „Der Staat ist hier in der Pflicht“, betonte der Ausschussvorsitzende Stephan Lenz (CDU).

In Berlin soll vor der Sommerpause das Gesetz über die psychosoziale Notfallversorgung verabschiedet werden, mit dem die Notfallversorgung für betroffene Personen von Unglücks- und Notfallereignissen geregelt wird. SABINE BEIKLER

Fachtagung zur Zukunft der sozialen Stadt

Die Pandemie war auch für ehrenamtliches Engagement eine besondere Herausforderung. Viele soziale Initiativen enorme Probleme, ihre Arbeit weiterzuführen, zumal oft auch eine digitale Infrastruktur fehlte. Viele Projekte konnten nicht stattfinden, gemeinnützige Vereine gerieten in Geldnot. Gleichzeitig leisteten Freiwillige unverzichtbare Hilfe.

Was ist jetzt wichtig, damit die Zivilgesellschaft gestärkt aus der Krise hervorgeht? Darüber diskutieren Ehrenamtliche, soziale Organisationen, Politik und Verwaltung am kommenden Dienstag von 9.30 bis 13.30 Uhr bei der digitalen Auftaktveranstaltung der „Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage“. Titel: „Zivilgesellschaft in der Krise. Wie vielfältig, kreativ und digital muss freiwilliges Engagement sein?“ Teilnehmen wird auch Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD). Er ist Schirmherr der „Gemeinsamen Sache – Berliner Freiwilligentage“, die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Tagesspiegel veranstaltet wird.

Neben interaktiven Workshops mit Beteiligung von Senatorin Elke Breitenbach (Linke), Staatssekretärin Sawana Chebli (SPD) und der Abgeordneten Susanna Kahlefeld (Grüne) werden die Teilnehmenden auf die diesjährigen Freiwilligentage eingestimmt. Die „Gemeinsame Sache“, die das freiwillige Engagement in der Stadt sichtbar macht, findet vom 10. bis 19. September statt. Im vergangenen Jahr hatte es im Rahmen der „Gemeinsamen Sache“ rund 340 Aktionen in allen Bezirken gegeben. GERD NOWAKOWSKI

Anmelden zur kostenlosen Teilnahme können Sie sich unter: gemeinsamesache.berlin/mitmachen/digitaler-fachtagung